

Emil Brix

abstract

Die höchst unauffällige Sprachenpolitik der Europäischen Union

Um die Sprachenpolitik der EU beurteilen zu können, lohnt sich ein Blick in die Geschichte mehrsprachiger politischer Einheiten in Europa. So ist die vielsprachige Habsburgermonarchie in den Modernisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts angeblich am „Sprachenkonflikt“ gescheitert.

Stimmt daher die These, dass die EU in diesem Bereich deshalb bisher erfolgreicher war, weil die souveränitätsrelevanten Politikfelder Bildung und Kultur in der „alleinigen“ Kompetenz ihrer Mitgliedsstaaten geblieben sind: Die Europäische Union konnte trotz/wegen ihrer „unauffälligen“ Sprachenpolitik bisher Sprachenkonflikte weitgehend vermeiden.

Trotz aller Mehrsprachigkeitsinitiativen der EU-Kommission und der offiziellen Gleichberechtigung der 24 „Amtssprachen“ heißt die Sprache der EU „Übersetzung“ (oder oftmals „Englisch“).

Die Herausforderungen für eine möglichst „auffällige“ Sprachenpolitik der EU nehmen aber zu:

- Mit den Ost-Erweiterungen seit 2004 ist eine größere Zahl slawischer Sprachen zu den Amtssprachen hinzugekommen. Dies sollte eine slawische Sprache auch zu einer der vorrangig verwendeten Arbeitssprachen in den EU-Institutionen machen.
- Es besteht keine gemeinsame EU-Sprachenpolitik bezüglich Migranten/Asylanten.
- Die populistischen politischen Bewegungen in den EU-Mitgliedsstaaten verwenden bisher Sprachenpolitik kaum zur Formulierung ihrer nationalen Souveränitätsforderungen im Verhältnis zu anderen Mitgliedsstaaten. Aber innerhalb der Staaten wird Sprachenpolitik zur Emotionalisierung der Bevölkerung weiter verwendet (z.B. Belgien, Spanien,...).
-